

Linke Liste Wiesbaden



EXTRA:

zum Bush-Besuch

Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden hat in den letzten Monaten kontinuierlich inner- und außerhalb des Stadtparlamentes die Kriegspolitik der US-Regierung und ihre Auswirkungen bis in unsere Stadt aufgegriffen und angeprangert, aber auch konkrete Vorhaben wie die Räumung des AFEX-Militärgeländes in Mainz-Kastel vorangetrieben. Die LiLi beteiligt sich auch an zahlreichen Aktivitäten, die von demokratischen Initiativen anlässlich des Besuches von George W. Bush in Mainz und Wiesbaden vorbereitet werden. Aus diesem Grund dokumentieren wir mit diesem Extra-Blatt nicht nur den Aufruf zur Kundgebung in Mainz am 23. Februar, sondern auch Anträge und weitere parlamentarische Aktivitäten der Fraktion.

NOT WELCOME, MR. BUSH! Für eine friedliche und soziale Welt!

Am 23. Februar wird der Repräsentant der US-Kriegspolitik Deutschland besuchen. Er will dabei die Zusammenarbeit im „Kampf gegen den Terror“ vertiefen. Aber der Krieg der USA gegen den Irak ist selbst terroristisch und Quelle immer neuer Gewalt. Menschenrechte, internationale Übereinkünfte und ökologische Verantwortung, all dies wird einem rücksichtslosen Gewinn- und Machtstreben im Rahmen der neoliberalen Globalisierung untergeordnet.

Mehr als 100.000 Menschen im Irak verloren in den letzten zwei Jahren bereits ihr Leben, in ihrer großen Mehrheit unbewaffnete ZivilistInnen. Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig. Die Kriegsverbrechen der US-Streitkräfte in Afghanistan und Irak wie das Foltern von Gefangenen verletzen elementare Menschenrechte.

Wir fordern von der Bundesregierung, die Kriegsgefolgschaft zu verweigern!

Die deutsche Bundesregierung leistet beträchtliche Hilfe für den Kriegskurs der USA:

- durch die Nutzung der hier gelegenen Militärflughäfen, darunter Rhein/Main-Airbase, Ramstein und Spangdahlem;
- durch die Bewachung der US-Militäreinrichtungen;
- durch den Bundeswehreininsatz in Afghanistan und am Horn von Afrika; sowie
- durch die Ausbildungs- und Materialhilfe für irakische Truppen.

Die Bundesregierung hat bereits im Krieg gegen Jugoslawien das grundgesetzlich verbriefte Verbot



Schon mal vormerken! Der Ostermarsch 2005 steht unter dem Motto „Eine andere Welt ist nötig! Gegen Militarisierung und Sozialraub!“ Am Samstag, 26. März 2005 findet in Mainz um 10.30 am Hauptbahnhof die Auftaktkundgebung statt; Abschluss ist um 12.30 Uhr am Leichhof.

des Angriffskrieges gebrochen. Sie betreibt planmäßig und in großem Umfang den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsstruppe und gehört in der EU zu den treibenden Kräften der europäischen Militarisierung.

Wir fordern:

- Schluss mit der Militärgewalt gegen die Zivilbevölkerung im Irak!
- Beendigung der Besatzung; Selbstbestimmung der Bevölkerung im Irak!
- Bestrafung aller Verantwortlichen für Folter, Misshandlung von Gefangenen und Angriffe gegen Zivilisten!
- Schluss mit der Beteiligung von NATO, EU und Bundeswehr am Krieg im Nahen und Mittleren

Osten! Keine militärische Intervention im Iran!

Um die drängenden Probleme der Menschen global friedlich lösen zu können, braucht die Welt keine Kriegsallianzen und keine US-Alleingänge, sondern solidarische Zusammenarbeit.

Deshalb treten wir ein:

- Für ein ziviles und soziales Europa, gegen die Verpflichtung zur Aufrüstung in der EU-Verfassung;
- Für die Anerkennung und Bekämpfung der Ursachen von Terrorismus, wie Armut, Perspektivlosigkeit, Ausbeutung und Ungerechtigkeit;
- Für eine gerechte wirtschaftliche und soziale Entwicklung unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte.

Europäische Politik muss Friedenspolitik sein – Abrüstung statt Sozialabbau!

Deshalb werden wir am Dienstag, dem 22. und Mittwoch, dem 23. Februar 2005 an vielen Orten und mit vielfältigen Aktionen demonstrieren und uns am 23. Februar in Mainz versammeln.

Eine friedliche Welt ist möglich!

Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden (LiLi) zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. März 2002: Freigabe des Geländes „Kastel Storage Station“ (ehem. „AFEX-Gelände“) in Mainz-Kastel

„Die Landeshauptstadt Wiesbaden bemüht sich um Verhandlungen der Bundesregierung zur Freigabe des etwa 21 Hektar großen US-Militärgeländes „Kastel Storage Station“ (ehem. „AFEX-Gelände“) im Zentrum von Mainz-Kastel.

Die vom Ortsbeirat Mainz-Kastel einstimmig befürwortete Planungsstudie „Stadtpark Kastel-Mitte“ wird zur Grundlage einer Bebauungsplanung gemacht.“

Dieser Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung angenommen (!); bislang widersetzt sich der Magistrat aber hartnäckig einer Umsetzung des Beschlusses in politisches Handeln.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden (LiLi) zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (am 27. März 2003): Konsequenzen der Landeshauptstadt Wiesbaden aus dem Beginn des Krieges gegen den Irak

„Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich solidarisch mit den Tausenden von Demonstrantinnen und Demonstranten gegen den Krieg in unserer Stadt und den Millionen Menschen weltweit, die diesen Krieg ablehnen.

Die hessische Landeshauptstadt unterstützt den Appell von mehr als hundert Städten, insbesondere US-amerikanischen, Berlin, München, Frankfurt am Main und anderen deutschen Städten, die sich der

Initiative „Cities for Peace“ angeschlossen haben, und teilt deren Ablehnung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges.

Die LH Wiesbaden begrüßt den Appell europäischer Bürgermeister gegen einen Krieg im Irak, der von den Oberbürgermeistern der Städte Rom, London, Brüssel, Wien und Berlin getragen wird und fordert den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden auf, diesen Appell zu unterstützen.

Bis zur Einstellung der Aggressionshandlungen des US-Militärs und der mit ihm gemeinsam angreifenden Armeen werden Vertreterinnen und Vertreter der Landeshauptstadt Wiesbaden an Empfängern militärischer Einrichtungen dieser Staaten nicht teilnehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, die Bundesregierung sowie die hessische Landesregierung aufzufordern, den Krieg weder direkt noch indirekt durch den Einsatz von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz oder Polizei zu unterstützen und nicht zuzulassen, dass Boden oder Luftraum in der Bundesrepublik für diesen Krieg genutzt werden.“

Dieser Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt; weiterhin ist es ausschließlich die Fraktion Linke Liste, die konsequent ihre Stimme gegen die Kriegspolitik der US-Regierung Bush erhebt.

In seinem Redebeitrag zum Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden (LiLi) zur Veranschiedung einer Resolution „Gegen Krieg und Terrorismus, für humane Alternativen“ in der Stadtverordnetenversammlung am 15. November 2001 formulierte der Abgeordnete Hartmut Bohrer sieben Kernpunkte, deren Realisierung eingefordert werden müsse. Wir geben diese sieben Punkte hier wieder, weil sie nichts an Aktualität verloren haben; anstelle von Afghanistan 2001 könnte 2005 beispielsweise vom Iran oder von anderen Ländern die Rede sein.

Zu fordern ist von den politischen Entscheidungsträgern in unserem Land:

1. sicherzustellen, dass deutsche Soldaten am Krieg gegen Afghanistan oder andere Länder nicht teilnehmen
2. sich dafür einzusetzen, dass umgehend ein Stopp der Bombardierungen erfolgt
3. dazu beizutragen, dass der notleidenden afghanischen Bevölkerung unverzüglich geholfen wird, wofür die Schaffung und Aufrechterhaltung sicherer Korridore für Hilfsorganisationen notwendig sind
4. bei der Bekämpfung (international agierender) terroristischer Banden die breite Palette der Möglichkeiten internationaler Verbrechensbekämpfung zu nutzen statt untauglicher, inhumaner Methoden der Kriegsführung mit modernen Massenvernichtungswaffen
5. darauf hinzuwirken, dass jegliche Förderung terroristischer Gruppen und Regimes – sei es mit finanzieller Unterstützung, Waffenlieferungen, militärischer Ausbildung oder auf andere Weise – unterbleibt
6. mitzuarbeiten an der Installierung und Stärkung wirksamer Strafverfolgungs- und anderer Einrichtungen der UNO, um die zunehmende Missachtung des Völkerrechts zu verhindern
7. sich ernsthaft zu bemühen, eine globale Strategie zu entwickeln und umzusetzen, mit dem Ziel, eine freiheitliche, demokratische, sozial gerechte und umweltbewahrende Weltordnung aufzubauen.

Selbst die Kriegsbefürworter erkennen – zumindest verbal – an, dass die Erscheinung des Terrorismus nur ursächlich bekämpft werden kann. Hier kommt es darauf an, nicht bei Lippenbekenntnissen stehen zu bleiben.

Wie erreichen Sie uns?

Geschäftsstelle der Fraktion: Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,

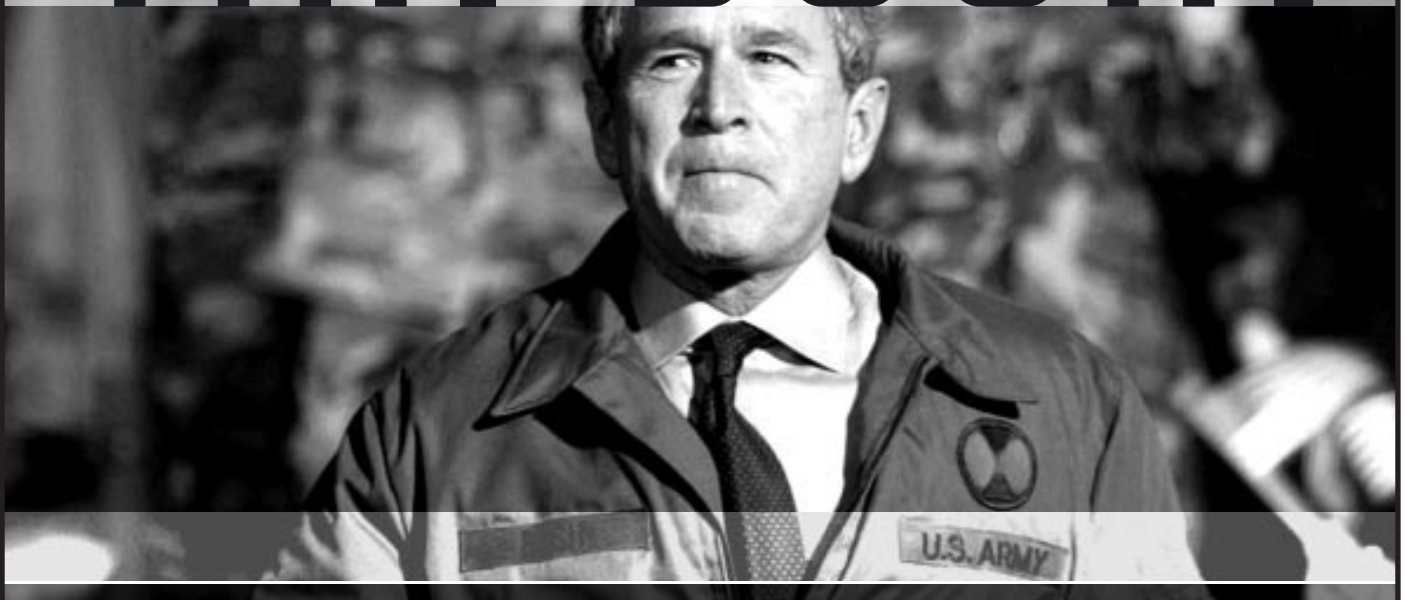
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de; Internet: www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?: Mo bis Fr: 10–12 Uhr; Mo, Di, Do: 16–18 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presser. verantwortw.: Fraktion Linke Liste Wiesbaden, G. Schmidt – Eigendruck

NOT WELCOME MR. BUSH!



© ap

Für eine friedliche und soziale Welt.

Infos: Mainz und Region: 0 61 31 / 90 52 63 | www.notwelcomebush.de
bundesweite Aktivitäten: www.friedenskooperative.de/bush2005.htm
Spendenkonto: Dichtung&Wahrheit ... e.V. | Konto-Nr. 581 915 022 | Mainzer Volksbank e.G. | BLZ 551 900 00

*Dienstag, 22. Februar, Wiesbaden: Kundgebung
& Demonstration ab 17:30 Uhr Luisenplatz,
anschließend Demo durch die Stadt.*

*Mittwoch, 23. Februar, Mainz: Demo-Auftakt
11.55 Uhr Innenstadt, Kundgebung 14 Uhr,
Hauptbahnhof; Abschlusskundgebung 15.30
Uhr, Innenstadt.*